

<b>PROTOKOLL</b>	Gremium   Sitzung   Besprechung	Sozialausschuss
<b>Stadt Karlsruhe</b>	Datum   Uhrzeit	22. Februar 2017 Beginn: 16:30 Uhr Ende: 17:10 Uhr
		öffentlich
	Ort	Rathaus, Großer Sitzungssaal
	Vorsitzende   Vorsitzender	Herr Bürgermeister Lenz
	Protokollführerin   Protokollführer	Frau Hauck

Teilnehmende (siehe Anwesenheitsliste)

Öffentlicher Teil

**Der Vorsitzende** begrüßt die Anwesenden zur Sitzung. Er entschuldigt die Herren Stadträte Hermanns (SPD) und Fostirooulos (Die Linke), Herrn Pflaum (Caritasverband) und Herrn Stoll (Diakonisches Werk).

### **TOP 1 Jobcenter Stadt Karlsruhe – Jahresbilanz 2016 - Vorlage und mündlicher Bericht -**

**Der Vorsitzende** begrüßt Herrn Zenkner, Vorsitzender der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Karlsruhe-Rastatt sowie Herrn Kölmel, Geschäftsführer Jobcenter Stadt Karlsruhe.

**Herr Kölmel** stellt dem Gremium die Jahresbilanz des Jobcenters vor. Er berichtet unter anderem, dass die Kundinnen und Kunden im Stadtgebiet auch im Jahr 2016 vom guten Arbeitsmarkt profitieren konnten. Bei der Integrationsquote belege man im Vergleich zu anderen Jobcentern in Baden-Württemberg einen der vorderen Ränge. Fast zwei Drittel der Vermittlungen überdauerten sechs Monate. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften sank 2016 auf 10.858. Im vergangenen Jahr lag sie bei knapp 11.000 und sei somit 2016 erstmals rückgängig, ebenso wie die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten. Auch die Zahl der Arbeitslosen im SGB II sank im Vergleich zum Vorjahresmonat um 642 Personen und lag im November 2016 bei 5.226 Personen, was einer Arbeitslosenquote von 3,2 % entspreche. Vom Eingliederungstitel 2016 mit 7,87 Mio. Euro mussten 1,5 Mio Euro in den Verwaltungshaushalt umgeschichtet werden. Wie im vergangenen Jahr lag hier wieder ein hoher Schwerpunkt auf Qualifikation, da der Arbeitsmarkt sehr aufnahmefähig für qualifizierte Arbeitskräfte sei. 2,57 Mio. Euro habe man in diesem Bereich eingesetzt. Erfreulich sei, dass die Stadt 600.000 Euro für ein kommunales Beschäftigungsprogramm zur Verfügung stellte und dies auch so weiter geführt werden kann. Am ESF-Bundesprogramm, mit dem man Personen mit multiplen Vermittlungshemmnissen auf den Arbeitsmarkt bringen wolle, beteilige man sich mit 50 % Lohnkostenförderung. 38 Personen haben 2016 den Übergang geschafft. Zielwerte 2017 seien die Steigerung der Integrationsquote um 1 Prozent und eine Senkung von 0,5 Prozent bei den Langzeitleistungsbeziehenden.

**Herr Zenkner** teilt mit, man habe hier eine ausgesprochen günstige Arbeitsmarktlage. 3.000 Stellen seien unbesetzt, und es gebe eine ziemliche Dynamik auf dem regionalen Arbeitsmarkt. Da aber in Unternehmen die Digitalisierung weiter voranschreite und viele Stellen komplexer würden, werde dadurch Arbeitslosigkeit immer mehr zum strukturellen Problem. Das Jobcenter investiert seit Jahren in eine Qualifizierung der Bewerberinnen und Bewerber, dies sei die einzige Richtung in die man gehen könne. Wichtig sei auch zu schauen, dass sich der Sozialleistungsbezug nicht vererbe, dass Schülerinnen und Schüler den Übergang von Schule und Beruf gut bewältigen. Auch Qualifizierung von Ungelernten in den Betrieben sei wichtig. Seine Strategie sei diese zu

modularisieren durch Teilqualifizierung, alle möglichen Aspekte einzubeziehen und diese so zu zerlegen, dass man Menschen mitnehmen könne.

**Frau Stadträtin Fischer (SPD)** dankt Herrn Kölmel und Herrn Zenkner, die Dinge ansprachen, die ihr auch am Herzen liegen. Man habe im Personalausschuss das Thema Fachkräftemangel beraten, den man in der Region habe. Qualifizierung sei wichtig. Hier verweise sie auf den sehr guten Antrag von Herrn Stadtrat Borner (GRÜNE) bezüglich des Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramms des Jobcenters. Von Seiten der Agentur sei man zwar näher dran, als das städtische Gremium, was die Situation der Langzeitarbeitslosen anbelange, sie denke aber, ein Hemmschuh sei, dass man dort nur eine jährliche Planung mache, es aber einer langfristigen bedarf. Dies sollte man im Gremium beraten, dass die Politik, hier insbesondere der Beirat, wie früher, zum Teil wieder stärker einbezogen wird. Sehr bedauerlich sei, dass Eingliederungsmittel in den Verwaltungshaushalt umgeschichtet werden mussten und somit weniger Geld für die eigentliche Arbeit verblieb. Der ganze Gemeinderat war dafür, trotz Haushaltsstabilisierung, keinen Cent beim Kommunalen Beschäftigungsprogramm zu kürzen. Dies sollte bei der Agentur zur Erkenntnis führen, dass es von Seiten des Gemeinderates ein wichtiges nachhaltiges Anliegen darstelle.

**Frau Stadträtin Köpfler (CDU)** merkt an, dass das Jobcenter seine Arbeit gut erfülle sehe man an den Quoten und der Rückmeldung. Es wurde gesagt, dass nichts an Qualifizierung vorbeigehe. Sie fragt nach, ob die Kosten entsprechend gestiegen seien oder nur ein Ausgleich stattfand. Des Weiteren interessiere sie im Hinblick auf die Personalsituation beim Jobcenter die Fluktuation und die Quoten der Klageverfahren. Sie dankt Kollegin Fischer für die Feststellung, dass man keine Einsparungen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung vorgenommen habe, da man langfristig denken müsse.

**Herr Stadtrat Borner (GRÜNE)** fragt nach, ob die Senkung um 307 Personen bei den Langzeitleistungsbeziehenden alleine durch Bemühungen des Jobcenters gelang oder auch durch das Gesamtkonzept Arbeit. Des Weiteren wolle er wissen, ob es Totalsanktionen gab und was mit diesen Leuten passiert, ob es noch Lebensmittelgutscheine gibt und ob Hilfesuchende hierüber informiert werden. Auch interessiere ihn, wie viele der 3.143 Personen die an arbeitsmarkt-politischen Maßnahmen teilnahmen es geschafft haben, in eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit zu kommen. Man habe den benannten Antrag gestellt und er ärgere sich jedes Jahr wenn er bei den Gesamtausgaben sähe, dass Gelder zurückgegeben werden.

**Herr Stadtrat Jooß (FDP)** möchte von Herrn Zenkner und der Verwaltung wissen, wie die Zahlen beim Übergang Schule Beruf sind, diese konnten auch vom Schul- und Sportamt nicht vorgelegt werden, da es Lücken gäbe zwischen Schule und Beruf.

**Herr Stadtrat Dr. Schmidt (AfD)** interessiere, bei den für Menschen aus Osteuropa eingekauften Maßnahmen, worum es sich hierbei handle und wie bei den 430 Personen aus Flucht und Asyl sowie aus Osteuropa die Quote sei, diese in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse zu vermitteln.

**Herr Stadtrat Kalmbach (GfK)** dankt für den erfolgreichen Bericht. Zu Punkt 3.5 des Jahresberichts, ESF-Projekt 50+, mit dem 2015 begonnen wurde, das aber bereits Ende 2015 endete, fragt er nach, ob diese Projekte denn etwas brächten, wenn man gleich wieder damit aufhöre, und ob man hier nicht langfristiger denken sollte.



**Frau Stadträtin Anlauf (CDU)** hätte gerne zu Seite 4 des Berichts Punkt 1.3 Vergleichszahlen, da ihr absolute Zahlen nichts sagen. Wie war es in den letzten zwei Jahren, sind die Zahlen gesunken oder gestiegen. Des Weiteren interessiere sie, ob der Anteil befristeter Stellen im Jobcenter gesunken oder gestiegen ist und wie viele Personen unter 25 Jahren sanktioniert wurden.

**Herr Kölmel** antwortet auf die Nachfragen von Frau Stadträtin Fischer (SPD) und Stadtrat Borner (GRÜNE) bezüglich einer jährlichen und langfristigen Planung, dass man hier seit Jahren ähnliche wesentliche Ziele verfolge, allerdings behalte sich der Bund vor, jährlich neue Schwerpunkte zu setzen. Er ermuntere dazu, im Beirat Ideen einzubringen, was man in den kommenden Jahren an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen einsetzen könnte. Mit der Mittelumschichtung in den Verwaltungshaushalt verhielt es sich so, dass der Bund Mittel zur Verfügung stelle und es auch Jobcenter gäbe, die 50 Prozent umschichten müssen. In Karlsruhe habe man im letzten Jahr 17 Prozent umgeschichtet. Man sollte es nicht so sehen, dass das Geld der Kundschaft verloren gehe, denn eine enge Beratung, ein enger Kontakt zeigen sich manchmal erfolgreicher als Aktivierungsmaßnahmen. Man war hier gefordert, da die Lohnkosten gestiegen seien. Die Nachfrage von Frau Stadträtin Köpfler (CDU) beantwortet er, dass Qualifizierungen nicht teurerer wurden. Nur bezüglich EDV habe man vereinzelt Kundschaft, wo es teurer sei. Qualifikationsmaßnahmen kosten nicht mehr als alle anderen Aktivierungsmaßnahmen. Man versuche, das hohe Niveau zu halten. Die Fluktuationen beim Personal waren wieder stärker letztes Jahr. Man habe 260 Köpfe, dabei müsse eine gewisse Fluktuation verkraftet werden können. Widerspruchsverfahren gab es 2.100 und sie waren rückläufig zu 2015. Die Erfolgsquote beträgt 30 Prozent, wenn man diese bereinigt betrachtet. 220 Klageverfahren gab es im Jahr 2016, 42 davon (25 Prozent) wurde stattgegeben. Zur Nachfrage von Herrn Stadtrat Borner (GRÜNE), wie sich das Gesamtkonzept Arbeit auf die Langzeitarbeitslosen auswirke, erklärt er, zunächst nicht unmittelbar. Durch das Gesamtkonzept werden 150 Euro Aufwandspauschale bezahlt plus 2 Euro pro Stunde an die Kundschaft. Dies reiche noch nicht aus, um den Hilfebedarf zu decken. Denke er aber an die sechs Menschen, die aus dem Kommunalen Beschäftigungsprogramm Arbeit aufgenommen haben, reichen die Einkünfte aus, den Bedarf zu decken. Es sei noch kein großer Erfolg, aber mittel- bis langfristig könne einer entstehen. Sanktionen entstehen zu zwei Dritteln aus Meldeversäumnissen, indem Kundinnen und Kunden ihren Meldeterminen nicht nachkämen. Beim ersten und zweiten Mal sei man hier großzügig, danach werde es notwendig zu sanktionieren. Die Quote sank auf 4,7 Prozent in Baden-Württemberg. Niemand werde wohnungslos, hier stehe man in engem Austausch mit der Fachstelle Wohnungssicherung. Lebensmittelgutscheine gibt es noch. Er stimme zu, dass es schlecht sei, Gelder zurückgegeben, die für den Einsatz an der Kundschaft gedacht waren. Man versuche auch jedes Jahr so viel wie möglich davon einzusetzen. 2016 waren es 97 Prozent. Alles was über 90 Prozent eingesetzt werden könne werte er als Erfolg. Zur Nachfrage bezüglich Schule/Beruf werde nun Herr Zenkner antworten.

**Herr Zenkner** teilt mit, man habe viele Berufsberaterinnen und -berater, die in Schulen gehen und berufsorientierte Schülerinnen und Schüler in Vorabgangsklassen beraten. Bei den Ratsuchenden, die zur Agentur kommen, wisse er bei circa 15 Prozent nicht mehr wo sie verbleiben. Hier würde es mehr an Transparenz bedürfen. In Karlsruhe sei man gut unterwegs mit dem Bündnis Schule - Beruf. Es bestehe ein großer Steuerungskreis. Man werde sich weiterentwickeln in der Zusammenarbeit mit verschiedensten Akteuren in der Region, um Angebote geschickter zu vernetzen und an Jugendliche heranzutragen. Er könne sich vorstellen hier eine Jugendberufsagentur zu gründen, die alle Angebote bündle und für Jugendliche als Anlaufstelle diene. Arbeiten müsse man auch daran, Jugendliche wieder in die duale Ausbildung zu bringen.



**Herr Kölmel** erklärt, die Maßnahmen für Kunden aus Osteuropa beinhalten Themen wie Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit, Sprache, Bewerbertraining, Stellensuche, oft seien es ganz niederschwellige Dinge, die vermittelt werden müssten. Man habe gute Erfolge mit dem ersten ESF-Projekt an dem man sich in Kofinanzierung beteiligt habe. Zur Frage von Herrn Stadtrat Kalmbach (GfK), ob sich das ESF-Bundesprogramm 50+ rentiert habe, sage er uneingeschränkt ja. Man habe damit auch Menschen mit multiplen Vermittlungshemmnissen erreicht. Bezüglich der Vergleichszahlen aus Vorjahren zu Arbeitslosen könne er auf Frage von Frau Stadträtin Anlauf (CDU) sagen, diese sei um 113 zurückgegangen gegenüber dem Vorjahr und verteile sich auf 94 Frauen und 19 Männer. Der Anteil befristeter Stellen beim Jobcenter Stadt Karlsruhe betrage etwa 15 Prozent. Bei einer Organisation wie dem Jobcenter müsse man auch Erziehungsurlaub und Krankheitsausfälle überbrücken und könne darum nicht unbefristet einstellen. Im letzten Jahr sei es gelungen, gute befristete Kräfte an Bord zu halten und auch zu übernehmen. Sanktionen betreffen hauptsächlich die Altersgruppe unter 25 Jahre. Die Zuverlässigkeit sei bei dieser Personengruppe weniger ausgeprägt. Deshalb sei es hier besonders notwendig, entsprechende Konsequenzen aufzuzeigen und die Jugendlichen an den Tisch zu holen um sie zu beraten, wie es für sie weiter geht auf dem Arbeitsmarkt.

**Herr Köhler (Caritas)** erklärt, bei der Caritas-Beratung habe man festgestellt, dass Informationen sehr schwierig laufen. Der Kundschaft sei nicht bekannt, dass wer eine Totalsperre bekommt, dann auch nicht mehr krankenversichert ist. Dies würde erst bemerkt, wenn von der Krankenkasse eine Rechnung über einen mehrstelligen Betrag eingehe. Diese Kundschaft lande dann in der dortigen Schuldnerberatung und es entstehe viel Arbeit, das Ganze zu bereinigen. Seines Wissens sei die Info, dass es Lebensmittelgutscheine gibt, nicht gut bekannt. Hier wünschte er sich mehr Informationen.

**Herr Stadtrat Borner (GRÜNE)** fragt nach, ob es bei Auslaufen der Programme 50+ oder ABC nicht die Möglichkeit gäbe, diese aus einem eigenen Budget zu gestalten.

**Herr Kölmel** antwortet, dies sei durchaus möglich. Man habe ein eigenes Bewerberseminar mit zwei Kräften eingerichtet. Beim ABC-Programm gäbe es einen guten Betreuungsschlüssel von 1:100 Menschen. Dadurch bestehe die Möglichkeit, die Kundschaft möglichst regelmäßig an den Tisch zu holen und nachzuhaken. Wer eine Totalsperre und zu 100 Prozent Sanktionen bekomme, erhalte einen Bescheid. Das Problem bestehe darin, dass dieser oft nicht gelesen werde.

**Herr Dietz (Sozialamt)** antwortet auf Nachfrage von Herrn Stadtrat Borner (GRÜNE), dass der Bericht EU-Zuwanderung im letzten Jahr als Tagesordnungspunkt im Sozialausschuss behandelt wurde. Die Fortschreibung erfolge Ende dieses Jahres.

**Herr Stadtrat Borner (GRÜNE)** merkt an, dass es nur der Bericht war, ihm aber die Ableitungen darauf fehlen.

**Herr Stadtrat Jooß (FDP)** lobt, dass sich beim Jobcenter der Begriff Kunden anstelle Klienten eingebürgert habe.

**Der Vorsitzende** erklärt, die vorgetragenen Zahlenwerte zeigen, dass man am Puls der Zeit sei. Zum Schluss stelle er fest, es gibt ein magisches Dreieck, das man sich immer vor Augen halten sollte: Den Jahresbericht des Jobcenter, den ESF-Arbeitskreis - unter Geschäftsführung Frau Neumann - und das Gesamtkonzept Arbeit. Durch den sehr guten Antrag von Herrn Stadtrat Borner (GRÜNE) komme nun Dynamik ins Dreieck. Der nächste Aufsichtsrat AFB findet am 5. April statt. Lokale soziale Arbeitsmarktpolitik werde dort diskutiert und Herr Kölmel könne dort sein Fachwissen zur Verfügung stellen. Gut, dass die Haushaltskonsolidierung angesprochen wurde, denn die Menschen hier sind es uns wert. Wir geben niemanden auf und investieren auch in Zeiten der Haushaltskonsolidierung mit Weitsicht, um künftige Kosten zu verhindern. Die Zusammenarbeit mit dem Beirat und der Fachpolitik sollte man so weiterpflegen. Er dankt für die intensive, sachliche Debatte und Herrn Stadtrat Borner (GRÜNE) für seinen Impuls.

**Beschluss:**

Der Sozialausschuss nimmt die Jahresbilanz 2016 zur Kenntnis.

TOP 1 ist damit beendet

**Der Vorsitzende** stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Dem öffentlichen Teil der Sitzung folgt ein nichtöffentlicher Teil.

Zur Beurkundung:

Gesehen und genehmigt:

Die Schriftführerin:

  
Martin Lenz  
Bürgermeister  
15.04.17 

  
Silke Hauck